

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes

(Dem Gesamtverband der graphischen Gewerkschaften angeschlossen.)

Erscheint alle 4 Wochen. Bezugspreis 75 Pfennig vierteljährlich. Für Mitglieder durch die Zahlstellen gratis. Für Postbezug Postamt Köln 1.

Schriftleitung und Verlag: Köln, Venloerwall 9
Fernsprecher B 2635. Postfachkonto Köln 15171

Anzeigen-Preis: Die dreizehnpaltige Breit-Zeile oder deren Raum 20 Pfennig. Für die Mitglieder der Verbands-Angelegenheiten 10 Pfennig.

Der dritte Kriegsmai.

In früheren Jahren ließen nicht wenige Arbeiter es sich angelegen sein, den ersten Mai durch Arbeitsruhe und Langzue zu feiern. In Versammlungen wurde dann jeweils das Herannahen des Völkerrückfalls mit überschwänglichen Worten geschildert, und zwar regelmäßig in inniger Verbindung mit dem „naturnotwendigen“ Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des „Militarismus“.

Im letzten Kriegsjahr hat die Kaiserzeit wesentlich anders ausgesehen. An der Westfront haben sich in den vergangenen Wochen und Tagen

Riesenschichten entwickelt. Ihr seitlicher Verlauf hängt dafür, daß die Hoffnungen der Feinde auch diesmal nicht erfüllt werden. Kaiser „Militarismus“ bietet einer Welt von unermesslichen Feinden Tod, und er kann es, weil Deutschland im Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftserregung, dem der Existenz seiner Untertanen und seiner Arbeiterkraft, insofern es leistungsfähig geworden ist, daß das Ausland einfach vor einem Rästel

in verschiedenen Orten, hauptsächlich in Berlin, kam es insbesondere während der gewöhnlichen Stillerrisierungen zu

Streiks.
Als Grund wurde bis daher notwendig geworden. Die Beobachtung der Vegetation angegeben. In einer Rundgebung die der Vorstand des Gesamtverbandes der graphischen Gewerkschaften veröffentlichte, wird über gegen die Streiks Stellung genommen. Auch finden- baren bezeichnen sie treffend, als er aus u.a. f. h. v. arer Schuld sprach, die durch sie am Meer und an dem Mann im Schützengraben begangen würde. Daß es sich wirklich um ein gewissenloses Treiben handelt, ist für jeden Verständigen ohne weiteres klar. Nicht mit Unrecht ist es in Zusammenhang mit den Vorgängen in Rußland gebracht worden. Eine gewisse Sorte von Sozialdemokraten im deutschen Reich glaubt

Ereignisse in Rußland
als Vorbild für Deutschland vorzuziehen zu dürfen. Sie möchten die Monarchie durch eine Republik ersetzen, in der sie das Heft in der Hand haben. Ihnen ist es recht, wenn wir den Krieg verlieren, denn sie leben ja in dem entscheidenden Bohn dahin, daß unsere jetzigen Feinde mit einer auf den Trümmern der Monarchie aufgebauten deutschen Republik gnädig verfahren würden. „Nichts ist in der Welt so dumm, es findet doch sein Substitut!“ Dieses Wort bewahrheitet sich eben immer wieder.

Die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiterkraft hat glücklicherweise mit solchen Karren nichts zu tun. Sie steht vielmehr mit aller Kraft hinter dem Heere, das die deutsche Heimat schützt. Das und nichts anderes ist bis auf weiteres ihre unbedingte Pflicht.

Mit dem Völkerrückfall wie er sich in den Köpfen gewisser Leut- vom Schlage Liebknecht malt, ist es nichts. Aber Frühlingstrost weht doch in deutschen Landen härter denn je. Ist die

Entschlossenheit des Kaisers
erscheinen ist, in der das für die Zukunftsentwicklung des Reiches bedeutsame Wort deutlich ausgesprochen wurde, daß künftig auch in Breiten für das Klassenbewußtsein kein Raum mehr ist.

Die weltgeschichtlich bedeutsamen Vorgänge in Rußland haben vielfach Hoffnungen auf einen baldigen Frieden geweckt oder vernichtet. Einige der neuen Machthaber Rußlands haben tatsächlich erklärt, daß sie feinerlei Eroberungen machen wollten und doch Rußland zu einem ehrenvollen Frieden bringen würde. Trotzdem ist

Rußland bis heute der seitens der Mittelmächte, besonders Oesterreichs, erfolglos Einladung zu Friedensverhandlungen nicht gefolgt.

In dieser Lage bemühen sich nun viele sozialdemokratische Politiker und Zeitungen um den Nachweis, daß sie die eigentlichen Retter der geplatzten Menschheit sind und daß sie dem Frieden am meisten Vorschub leisten. Vor allem gefällt sich Scheidemann, der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, als **Friedensapostel.**

Er geht als tieferer Matenfänger mit der Formel hauffieren; Verzicht auf Eroberungen, Verzicht auf Entschädigungen. So glaubt er der Welt einen Frieden bringen zu können, der auch uns Deutschen Lust und Licht zum Leben läßt. Das ist aber nicht zu erwarten. Wir haben unsere Meinung zu dieser Frage in einem früheren Heftartikel klar ausgedrückt: wir stehen mit Bestimmtheit auf dem unantastbaren Standpunkt, daß unsere Feinde die Kriegswunden der Milliarden mit sich herumschleppen sollen, weil sie den entscheidenden Krieg von langer Hand vorbereitet haben. Und was die

Eroberungen
angeht, muß man sich etwas deutlicher ausdrücken. Soll es wirklich eine deutsche Eroberung sein, wenn wir Garantien für Volens Selbständigkeit und angebliche Neutralität fordern? Ist es werbefähige Eroberungssucht, wenn die ehemaligen Kolonialreiche am Balkan künftig unter deutscher Herrschaft oder bulgarischer Herrschaft bleiben? Sollen jene unzähligen Völker vielleicht wieder die Abhängigkeit bekommen, gegen die Mittelmächte und ihre Verbündeten zu rebellieren? Ist es Eroberungssucht, was uns hoffen läßt, daß Belgien keinesfalls mehr als Plattform für eine englische oder französische Angriffsmarine in Betracht kommen darf? Warum hat Herr Scheidemann nicht den Mut, sich hierzu einmal ganz bestimmt zu äußern?

Und wie steht es mit unseren Kolonien? Sollen wir vielleicht das nach besetzte Nordbrabant freimüßig räumen, ehe wir unsere Kolonien wieder haben? Und müssen wir wirklich auf ein zusammenhängendes Kolonialreich in Afrika lediglich deshalb verzichten, weil wir nach Scheidemann auch als Sieger aus nicht einmal die notwendigen Teile von Belgisch-Kongo angliedern dürfen?

Scheidemann und viele seiner Gesinnungsgenossen scheinen in dem Glauben zu leben, daß ihre andauernde Schwärmerei für einen Frieden ohne Sieg — denn das wäre doch ein Friede ohne entsprechende Sicherungen und ohne Eigenschaftsbürgung — den Weltfall der Mehrzahl derer fründe, die an der Zeit des Krieges besonders schwer zu tragen haben. Wir können nicht nachprüfen, ob das richtig ist. Jedenfalls wissen wir aber, daß es verhängnisvoll wäre, wenn in solchen Lebensfragen der Nation Gefühlsmomente den Ausschlag geben sollten. Wer möchte nicht sofort die Friedensglocken läuten hören? Aber welcher Hohnjammer würde sich nachher einstellen, wenn die jebige Hungerei kein Ende nehmen wollte, weil wir die Kriegswunden der Milliarden mit herumschleppen müßten und weil wir dem Wirtschaftskrieg der jetzigen Feinde dann hilflos gegenüber ständen!

Es ist eine unverantwortliche Spekulation auf die Unwissenheit der Massen, wenn man heute so tut, als wenn wir durch Verzicht auf den Sieg die alten guten Zustände wiederherstellen könnten. Es freut uns, in den „Zugunilichen Monatsheften“ einen Artikel von E. Klotz zu finden, in welchem mit Entschiedenheit gegen die „Rauberformel“ Scheidemanns Front gemacht wird. An die Stelle der, wie Klotz selbst sagt, negativen Formel Scheidemanns setzt er die positive: 1. Freiheit der Meere und eine entsprechende Seegewalt zur Sicherung;

2. Zusammenhängendes Kolonialreich in Afrika; 3. Zusammenhängendes mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet mit Einfluß Vorderasiens. Vollständig und besonders klar ist auch diese Fassung nicht, wenn sie auch, als großer Rahmen gedacht, ganz mit unseren Ansichten sich deckt. Es ist übrigens nicht ganz uninteressant, wie Klotz bei dieser Gelegenheit die seitigerige Kolonialpolitik, überhaupt die Außenpolitik der Sozialdemokratie verurteilt, die er, wenn wir uns einmal recht vorsichtig ausdrücken, vor — ach so wenig — Jahren anscheinend nicht zu bekämpfen wagte. Diese ewig umherwandernden Amlernen machen allerdings einen recht wenig imponierenden Eindruck auf unsereinen, die wir mit dem gewöhnlichen Verstand eines beschränkten Bürgerlichen auskommen müssen und trotzdem frühzeitig und klar erkannt haben, was Staatsnotwendigkeiten sind.

Der Mai ist gekommen, der dritte Kriegsmai! Mit ruhiger Kraft mühen sich die Feinde um einen entscheidenden Erfolg auf dem Kriegsschauplatz. Gleichgültig sagt der Hunger an unserer Kraft. Aber den deutschen Völkern will um Leben wird härter sein als jeder Feind. So stehen wir und die Verhandlungen zu einer glücklichen Friedenszeit. Hoffentlich bleiben wir hart genug, um auch in der Gegenwart der Neuorientierung unserer eigenen Politik überall rot und rotrot mitzugehen zu können. Denn darüber muß man sich klar sein: je mehr die Arbeiterkraft zur kostbarsten gleichberechtigten gelangt, desto mehr Arbeit und Verantwortung muß sie auf sich nehmen. Wie wollen es.

Konsumgenossenschaften und Reallohn

Der Krieg hat eine geradezu erschreckende Schwächung der Kaufkraft des Lohnes herbeigeführt. Der Reallohn, in dem sich die Kaufkraft des Lohnes ausdrückt, weicht immer weiter von dem Nennbetrag des Lohnes, also dem Nominallohn, ab. Dadurch ist eine Entwertung zu ihrer krisenhaften Ausprägung gekommen, die bereits in dem letzten Jahrgang mit steigender Angst und Besorgnis beobachtet wurde. In den Organisationen der Angestellten und Arbeiter hat man sich längst schon mit diesen Dingen beschäftigt und vor allem immer wieder festgestellt, daß es insbesondere die Verwertung der Lebensmittel ist, die den Lohn mehr und mehr entwertet. Es kann aber nicht perkannt werden, daß auch die sonstigen Lebensbedürfnisse in steigendem Maße schwerer zu beschaffen waren. Die Angestellten und Arbeiter haben darum die Schlussfolgerung gezogen, daß es notwendig sei, durch verschiedene Mittel sich gegen die gefährliche Entwertung zu wehren.

Eines der hauptsächlichsten Mittel auf diesem Gebiete ist die Konsumgenossenschaft. Sie wirkt namentlich in zweifacher Hinsicht auf die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes ein. Einmal dadurch, daß sie einen möglichst billigen Einkauf des Lebensbedarfs ermöglicht, dann aber auch dadurch, daß sie auf eine zweckmäßige Verwendung des Lohnes abzielt. Darum kann eine aufstrebende Bewegung der Angestellten und Arbeiter heute ohne die Unterstützung der Konsumgenossenschaften gar nicht mehr gedacht werden. Die krisenhafte Ausprägung jedoch, die die Entwertung während des Krieges erfahren hat, drängt allen Ernstes zur Beschäftigung mit der Frage, ob das, was bisher zur Vereinfachung der Kaufkraft des Lohnes geschah, ausreicht, ob insbesondere nicht auf dem Wege der Vereinfachung des Konsums mehr zu geschehen hat, wenn wir uns nicht selbst wirtschaftlichen Strömungen ausliefern wollen, die zum gefährlichen Sturz hinführen. Ich bin allerdings der Auffassung, daß man sich zu geschehen hat, wie bisher und das dabei auch den Organisations der Konsumgenossenschaften große Aufgaben obliegen.

Die Volkswirtschaft hat für den Bedarf des Volkes zu produzieren. Die Bedarfsdeckung ist die eigentliche Pflicht. Diese Sätze hören sich wie etwas Selbstverständliches an. Sie enthalten jedoch Forderungen, die bis-

(26. Blatt in der Konsumgenossenschaft Nr. 14.)

den Anforderungen, nicht oder doch bei weitem nicht genügt erfüllt werden. Wenn dieser Produktionswert nicht lebten heute im Lande durch die Unternehmern? Die Unternehmern aber sind nicht... (text continues with economic analysis of production and demand)

Bedarfsdeckung heißt, daß vor allen Dingen diejenigen Bedürfnisse in angemessener Weise befriedigt werden können, die dem Menschen lebensnotwendig sind, wie die Ernährung, die Wohnung, die Kleidung usw. Das in unserem wirtschaftlichen Leben immer mehr zur Herrschaft gelangte Gewinnstreben hat jedoch zur Folge gehabt, daß oft genug auf die Befriedigung solcher Bedürfnisse das größte Gewicht gelegt wird, die nicht lebensnotwendig sind. Das geschieht natürlich deswegen, weil davon ein größeres Verdienst erzielt wird. Jedermann wird beispielsweise ohne weiteres zugestehen, daß unsere Kassen öfter wecheln, als es im Interesse einer angemessenen Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses notwendig ist. Die Zurechtfinden haben es eben verstanden, in den Menschen durch gesellschaftliche Normenregeln ein solches Verhalten noch häufigem Wechsel der Kassen zu erzeugen, ein Bedürfnis, das dem Menschen ganz selbstverständlich von Natur aus nicht inneohnt.

Gerade hat es die Lebensverhältnisse verstanden, weil und weil ein solches Bedürfnis in Wirtschaften zu wecken, zu wecken, während es jedenfalls für den Arbeiter und Angestellten weit geringfügiger wäre, seinen Lebensbedarf in einer bestimmten Weise zu decken, als er es durch den Markt zu tun kann. Aber die meisten Leute unter einer gewissen der Beherrschung unter den meisten wirtschaftlichen Bedürfnissen stehen. Es ist nämlich ganz selbstverständlich, daß es nicht möglich ist, die Ernährung und die Wohnung nicht lebensnotwendiger, aber für die menschliche Existenz notwendig werden müssen, um in weiterer Folge auf die Ernährung und den Verbrauch lebensnotwendiger Bedürfnisse einzulassen.

Es nun eine Herabsetzung dieses Lebensbedarfes möglich?

Der Mensch. Das ist ja die große Erfahrung des Lebens, daß es bei steigendem Grade der materiellen Gesundheit möglich ist, unsere Produktion auf die Befriedigung dessen zu lenken, was notwendig ist und unter allen Umständen möglich ist. Es kann aber in der Tat auch im Sinne der Wirtschaft eine Herabsetzung der Produktion notwendig werden, wenn man die Produktion nicht lebensnotwendiger Bedürfnisse einschränkt. Damit haben wir während des Krieges bis zu einem gewissen Grade unsere Volkswirtschaft auf die wirtschaftliche Befriedigung eingeschränkt. Das alles haben wir dabei auch die ungeheure Wichtigkeit des zunehmenden erkannt. Wir waren von der Welt abgeschnitten. Das was erzeugt wurde, wurde in der Hauptsache nicht nur im Innere erzeugt, sondern auch abgesetzt und verbraucht werden. Das war nur möglich, wenn dafür gesorgt wurde, daß in den verschiedenen Gebieten des Volkes das Einkommen so hoch stand, wie die Lebensnotwendigkeit bedarf zu lassen. Das bedingte also auf der einen Seite eine Einschränkung auf die Löhne, und auf der anderen Seite eine Erhöhung auf die Warenpreise, damit nicht schließlich doch, trotz eines hohen Neubetrags des Lohnes, dessen Kaufkraft eine zu geringe wäre.

Und was wir im Krieges gesehen haben, wird so viel wie möglich für alle ferneren Zeiten auch nach dem Krieges angebracht werden müssen. Schon jetzt ist es bestimmt, daß der internationale Wettbewerb nach Friedensschluß so stark sein wird, daß wenn wir nicht absehe in unserer volkswirtschaftlichen Kraft zu gewährleisten werden sollen, außer gewerbliches und wirtschaftliches Leben für vor allen Dingen auf den einheimischen Markt einstellen muß. Damit ist also die Notwendigkeit verknüpft, die Verbraucher-schichten kaufkräftig zu machen und zu erhalten. Es wird bei uns viel mehr als bisher die Wechselwirkung zwischen Einkommensstand und Stand der Volkswirtschaft erfährt und bezeugt werden. Die Arbeiterbewegung weiß immer mit berechtigtem Nachdruck darauf hin, daß die Lohnherabsetzung immer eine Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiterfamilien bewirkt. Man kann hier an folgendes Beispiel erinnern, das gelegentlich von einem Volkswirtschaftler aufgestellt wurde: Würde zum Beispiel der Lohn sämtlicher Arbeiter und Angestellten um 25 Proz. erhöht, so wäre in Deutschland damit für etwa 40 Millionen Menschen die Kaufkraft erhöht. Die Wirkung würde dieselbe sein, als wenn unsere Volkswirtschaft mit einem wie den ganzen Markt eines auswärtigen 3-jährigen volles gemäße und vollständig beherrschte; so daß dieses Volk niegründlich anders laufe, als nur bei der deutschen Volkswirtschaft. Natürlich soll nicht verkannt werden, daß es für Lohnherabsetzungen irgendwo auch eine Grenze gibt.

... (text continues with economic analysis of production and demand)

Auf der Linie dieser Überlegungen liegen auch noch weitere Aufgaben, die uns während des Krieges allmählich gestellt geworden sind. Mit einer richtigen Bedarfsdeckung ist beispielsweise eine hinreichend ausgebaute Warenproduktion notwendig zu verbinden und hier wird nach dem Kriege an eine Entwicklung und Entfaltung der Preisprüfungsstellen gedacht werden müssen. Was die Konsumgenossenschaften in Verbindung mit anderen Organisationen (Bauern-, Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinen, Frauenvereinen usw.) auf dem Gebiete der hauswirtschaftlichen Erziehung, in der Beschaffung von Waren leisten können, ist eine Frage, die in der gegenwärtigen Zeit eine große Wichtigkeit und Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Beeinflussung der Kaufkraft der Bevölkerung, des Reallohnes zukommt. Wir müssen bei unseren Taten und Plänen über die engen Grenzen hinaus, in denen wir uns bisher allzuviel bewegt haben. Vom Konsum aus muß eine Umformung und Umgestaltung der Produktion ausgehen. Nur auf diesem Wege werden wir auf die Dauer volkswirtschaftlichen Katastrophen aus.

Der neue Wirtschaftsplan für 1917-18.

Das Kriegsergebnis, das für eine wirksame Tätigkeit im Frühjahr 1917/18 viel zu spät erreicht wurde, und deshalb bis heute mit Mühe und Fleiß zu bewältigen mußte, kamte in diesem Jahre vor der Frühjahrsernte einen Monat vorüber, von dem man sich eine wesentliche Besserung unserer Wirtschaftsergebnisse verspricht. Dieser Monat ist insbesondere auf einen Anstieg von 11 landwirtschaftlichen Produktionswerten auf den Ertragswert der letzten Jahre. Diese Zahlen zeigen, daß die landwirtschaftliche Produktion eines Jahres über 11 und nicht zum Jahr 1916. Man hat erkannt, daß die Landwirtschaft besonders diejenigen Produkte abzugeben, an denen sie am meisten verdienen. Dadurch werden die für die menschliche Ernährung notwendigen Produkte vernachlässigt. Es kommt dazu, daß für die Menschen bestimmte Nahrungsmittel, wie Kartoffeln und Getreide trotz aller Ertragssteigerungen knapp werden, weil mehr verdient wird, wenn man bei den hohen Subventionen Vieh züchtet. Die Vergessenen leidet nun aber auch, daß viele Konsumanten, die die Preissteigerungen tragen müssen, nicht noch weiter belastet werden können, weil sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Auch darüber sind sich alle klar, daß der freie Handel in seiner Tätigkeit beschränkt bleiben muß, und daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage als Preisregulator im Kriege nicht Geltung haben kann.

Man glaubt, daß durch den neuen Wirtschaftsplan die bekannten Fehler vermieden und vorhandene Mängel beseitigt werden, so daß eine Besserung der Produktion und Verteilung an die Konsumenten erzielt werden kann, ohne diese wesentlich mehr zu belasten. Nach dem neuen Plan sollen im Preise steigen im Jahre 1917/18:

Wagen	auf 270 M pro Tonne gegen 220 M bisher
Weizen	200 " " " " 200 " "
Kartoffeln	100 " " " " 90 " "
Zuckerrüben	50 " " " " 30 " "

Die Kartoffeln sollen zwischen dem 1. Juli und 14. September 1917 100 M per Tonne kosten dürfen. Die Landbesitzer sollen den Preis bis 1 M, also auf 0,4 M pro Zentner erhöhen. Für nicht verlesene Kartoffeln kann der Präsident des Kriegsernährungsamts Abschlüsse festsetzen.

Dagegen soll der Preis gesenkt werden bei:

Futterrüben	auf 30 M pro Tonne gegen 36 M bisher
Bruden (Kohlrüben)	35 " " " " 50 " "
Futtermöhren	60 " " " " 80 " "

Die Preise sind Erzeugerpreise, sie schließen die Kosten der Beförderung bis zur Vertriebsstelle des Erzeugers und des Verkäufers daselbst ein.

Eine Preisentlastung sollen ferner erfahren:

- Rinder um 15 Prozent im Lebendgewicht (das ist 25 bis 30 Prozent im Schlachtgewicht);
- Schweine um 20 bis 25 Prozent im Lebendgewicht je nach der Gewichtsklasse (das ist 30 bis 35 Prozent im Schlachtgewicht);
- Hafer um 30 M und Gerste um 30 bis 30 M pro Tonne.

Durch diese Preisfestsetzung bleibt die landwirtschaftliche Produktion rentabel. Jedenfalls soll erreicht werden, daß die Landwirte nicht mehr mit ihren Produkten zurückhalten, da sie nicht notwendige Lebensmittel ver-

... (text continues with economic analysis of production and demand)

Bei einer Erhöhung des Preises für Roggen und Weizen ist eine Erhöhung des Brotpreises zu vermeiden durch Verminderung der Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis, sowie in soliden Gewinnen durch Verminderung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis. In diesem Preis sind für die Konsumenten entsprechende Nachbesserungen zu erzielen. Soweit diese Mittel nicht ausreichen sein sollten, sind Zuschüsse und Reichsmittel zu gewähren. Bei der beschriebenen Gestaltung der Wirtschaft ist auf die Erhaltung eines lebensfähigen Wirtschaftskreislaufes zu achten und Sorge zu treffen, daß die Erzeugung in vollem Umfang zu ermöglichen ist. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen ist auf das höchste notwendige Maß herabzusetzen durch Verminderung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis und der Höhe des Zuschusses an den Konsumenten für Brotbacken und Mehlbacken. Die Preisbestimmungen müssen zu entsprechenden Maßnahmen angehalten werden.

Wenn wir uns trotz der zweifelslosen Notwendigkeit mit dem Wirtschaftskreislauf einverstanden erklären, dann nur wenn folgende Forderungen erfüllt werden, die der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen erhebt:

1. Die Kartoffeln müssen verlesen werden, nur für gute Speisekartoffeln soll der festgesetzte Preis.
2. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis und zwischen Mehl- und Brotpreis ist zu ermäßigen, so daß das Brot nicht weiter verteuert wird.
3. Der Fleischpreis ist mindestens in gleichem Verhältnis wie der Viehpreis zu senken; die Tätigkeit der Viehhändlerverbände ist schärfer zu beaufsichtigen.
4. Alle erforderlichen notwendigen Nahrungsmittel sind zu rationieren, zu beschlagnahmen und gleichmäßig und gerecht unter der Bevölkerung zu verteilen.
5. Die Produzenten und Geldüberbringer sind öfter durch unabhängige Personen zu kontrollieren und die Befehlsmaßnahmen sind in gewissen Zeitabständen zu wiederholen.
6. Eine schärfere Bekämpfung von Personen, die mit Nahrungsmitteln spekulieren oder die Höchstpreise übertreten, hat zu erfolgen.

Die Verbraucher werden überall dahin wirken müssen, daß diese Forderungen erfüllt werden, dann kann der Wirtschaftskreislauf erst voll zur Wirkung kommen. Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen spricht mit Recht auch die Erwartung aus, daß die Landwirtschaft im nächsten Jahre ihre Interessenpolitik aufgibt und voll ihre Pflicht erfüllt. Abgebende Sachverständige und die Behörde haben erklärt, daß bei Aufstellung des Planes davon ausgegangen wurde, daß landwirtschaftlichen Betriebe durch eine genügende Beschäftigung lebensfähig zu erhalten. Man hat Preise festgesetzt, die auch die Betriebe mit ungenügender natürlicher und wirtschaftlicher Produktionsleistung erhalten, und hat alles sowohl nach Vorschriften von Frankfurt wie auch nach volkswirtschaftlich richtigen Grundrissen geregelt.

Wenn nun, was erwartet werden darf, alle Landwirte die äußerste Kraft anspannen, um dem Boden möglichst hohe Erträge abzurufen, und wenn Gottes Segen nicht ausbleibt, dann müssen wir auch im kommenden Wirtschaftsjahr mit dem Abgibtigen vorwärts sein. Ob die Engländer es dann auch sind, das ist eine andere Frage.

„Samstagsfahrten“

Heber die Frage, ob es für die Stadtbevölkerung ge-
nauer sein will, sich gegen den Ausbruch von Epidemien zu
unternehmen und sich periodisch Lebensmittel bei den
Bauern zu kaufen, oder ob dieser private Handel un-
terbunden werden soll, ist seit längerem bereits ein ziem-
lich erörtert. Zwischen, welche die Mög-
lichkeit haben Kaufverträge zu unternehmen und etwas von
den Bauern zu bekommen, sind beiderseitig gewisse
eine Behinderung des privaten Aufkaufs, während die-
jenigen, welche nicht diese Möglichkeit besitzen, für ein
Verbot der „Samstagsfahrten“ eintreten. Von beiden
Seiten werden eine Reihe von Gründen für ihre Auf-
fassung geltend gemacht. Die Anhänger der Samstags-
fahrten sehen auf dem Standpunkte, man solle nehmen,
was man kriegen könne; es sei gut, wenn möglichst
viele Lebensmittel in die Stadt hineinkommen, gleichviel
auf welchem Wege. Gegenüber wird von der Ge-
genpartei hauptsächlich folgendes betont: der private Auf-
kauf und der Schleichhandel stört sowohl die öffentliche
Gesamtlage auf dem Lande wie auch die Vertei-
lungsordnung in der Stadt. Der private Aufkauf be-
deutet eine Verzerrung einiger, die das nötige Geld
und die Zeit zu Samstagsfahrten besitzen, zum Schaden der
ärmeren Bevölkerung, die nicht über das nötige ge-
heißende und die Zeit verfügen. Denn das, was den
Bauern auf privatem Wege abgehandelt wird, gelangt
nicht an die gemeinnützigen Sammelstellen und geht
vielmehr in die Hände der Einzelhändler über. Die öffentlichen
Sammelstellen auf dem Lande werden nur dort reichlich
beliefert, wo die Möglichkeit der privaten Abgabe nicht
mehr gegeben ist. Dort jedoch, wo die Bauern an-
dersons von Privatkauf überlaufen werden, bleiben
die Produkte den Sammelstellen fern. Es ist festzuhalten,
daß aus einem Landstrich an einem einzigen Sonntage
700 Zentner Kartoffeln verladen werden ausgeführt
werden sind, die für die Belieferung eines städtischen
Verbrauchersektors bestimmt waren, der jetzt das Nachsehen
hat. Unter dem Druck der Privatkauf haben
manche Landwirte sogar Kartoffeln abgeben, die
für unbedingte zum Anbau selbst bestimmt. Andererseits
sind bei starkem Frost Kartoffeln aufgefunden
worden, wodurch schädliche Kartoffeln dem Verbraucher
entgingen. Hierzu kommt, daß die übertriebene An-
zahl der städtischen Einzelhändler für die Bevölkerung
und Störungen unserer öffentlichen Ordnung bedeuten.

Auch von den Landwirten selbst werden die Samstags-
fahrten als eine auf die Dauer unrentable Beschäf-
tigung einer gewissen Anzahl empfunden. Die
Samstagsfahrten sind in den Augen der Landbevölkerung
zu einer Art „Vandalen“ geworden. Selbst kleine
Dörfer werden täglich oft von Hunderten von Städtern
besucht. Es hat die Bevölkerung den den Land-
wirten keinen so nicht schätzbar werden kann. Es
wird deshalb häufig eine besondere Anstrengung ge-
wöhnlich werden, um die städtischen Händler zu
behüten und auch und bei zu bewachen, und das
wird in der Zeit, wo die Arbeit auf dem Lande so
schwer und der Arbeitslohn so geringe sind. Eine
solche große Anstrengung ist nicht nur auf dem
Lande bemerkbar. Auch die Städte kommen hier, und
sich alle sollen werden junge Leute durch schließ-
lichen der Arbeit vertrieben. Das sind beiderlei
Schattenseiten der Samstagsfahrten, ganz abgesehen da-
von, daß die Möglichkeit des privaten Aufkaufs
immer wieder Gefahren bietet für die Lebensmittel-
versorgung, zu wackeren Maßnahmen und damit
zu Verdrängungen auf dem Lebensmittelmarkt. Wenn
man dies all bekennt, so wird man wohl zugeden-
ken müssen, daß es nicht eine unumkehrbare Maßnahme sein
kann, wenn diese zu einer solchen Ein-
schränkung der Samstagsfahrten mit ihren vielen Vor-
zügen übergehen genötigt sind. Das Hauptziel
muß für uns sein: die Allgemeinheit muß in möglichst
guter und guter Weise versorgt werden. Jeder soll
sein Teil bekommen, ohne Verzerrung der einen auf
Kosten der anderen. Wenn wir dies erreichen wollen,
dann müssen die Landwirte vor allem dazu angehalten
werden, alle irgendwie entbehrlichen Lebensmittel weis-
los zu den behördlich festgesetzten Höchstpreisen den auf
dem Lande errichteten öffentlichen Sammelstellen zuzuführen.
Aus diesem Grunde wird künftig mehr noch
als bisher überall auf dem Lande eine planmäßige
Kaufmannschaft und ein weiterer Ausbau der Sam-
melstellen vorzunehmen sein.

Allgemeine Rundschau.

Die Papierindustrie wird in absehbarer Zeit ver-
schieblich auch noch starken Beschränkungen unterworfen
werden. Der Druckpapierverbrauch ist bereits durch eine
Verordnung des Reichskanzlers vom 30. März 1917 um
10 Prozent gekürzt. Einsparende Maßnahmen
werden wahrscheinlich nicht lange auf sich warten lassen
da alle menschlichen und maschinellen Kräfte inner-
halb der Dienst der eigentlichen Kriegsvorgängen
stellen gestellt werden müssen.

Erneute Versuche sind auch für unsern Verband sehr
wertvoll. Einen derselben konnte ich vor einigen Wochen
besuchen, da mich eine Anliege, die ich als Stabsarzt-
meister zu machen hatte, in die betreffende Stadt führte.
Das erfreuliche Resultat ist, daß wir heute dort schon
ein halbes Dutzend Mitglieder haben. Wahrscheinlich
vergrößert sich die Zahl bald noch mehr, so daß eine
Zahlstelle gegründet werden kann.

Die Tätigsten der zwei Haltungen, die seither in
jener Stadt unsere Jahre hochschätzen haben, sowie
der Umstand, daß unter den neuarrivierten Mitglie-
dern sich gleichfalls tüchtige Kräfte erweisen, dürfen
ohne weiteres für eine günstige Weiterentwicklung. Hoff-
entlich können die Gr. St. recht bald über die erlöste
Gründung einer ansehnlichen Zahlstelle berichten.

L. Sedlmayr.

Ein Frauabzug der in Rußland festgehaltenen
beiden Frauen der ungarischen Staatsbürgerin
Stadtman, erreichte uns am 25. April. Klage das
Frau geht unter gegenständliche Verhältnisse, den
14 Monaten erheit sich keine mehr von ihr, doch
hoffe ich, daß es zur und allen meinen Freunden noch
recht gut geht. Die beiden Frauen sind unter
den jetzigen Umständen auch von uns aus dem Rußland
Stadtmann gegenüber ausgesprochen werden, denn trotz
wird seine Lage gering nicht sein, wenn er sich wahr-
scheinlich weniger mit dem Hungerkampf zu kämpfen hat,
als wir.

Zur Frage der Tarifverlängerung im Buch- und
Steindruckergewerbe hat eine Gaudeliterations- und Ver-
bandes der Buch- und Steindruckerei-Vereinigungen
und Arbeiterinnen am 20. März Stellung genommen. Da
die Kriegslage einen klaren Hinweis darüber nicht ge-
staltet, ob eine Tarifverlängerung für das Jahr 1918
notwendig wird, deshalb der Antrag bestimmte Richt-
linien. Unter anderem wird gefordert, mit
den Buchdruckern engere Fühlung zu haben,
damit die Tarifrevision gleichzeitig bean-
tragt und eingehend wird. Wenn auf Grund
der Kriegslage sich erneut eine Tarifverlängerung als
notwendig herausstellt, ist eine eingehende Beratung der
Leistungswagen auch für das Dienstpersonal dringend
notwendig. Um die jetzt bestehenden Angelegenheiten zu
beheben, die ihre Hauptursachen in der ganz unregelmä-
sigen Erzeugungsleistung haben, ist die Verweisung
eines Komitees als Grundlage erste Notwendigkeit.
zu dem auf dieser Grundlage zu bewilligten Leis-
tungsleistungen müssen in erhöhtem Maße den kaum
noch erträglichen Erzeugungsverhältnissen Rechnung
tragen. Die Gaudeliterations- und Verbands-
aus, daß der Verband der deutschen Buchdrucker und
nach Kräfte bei der Durchführung dieser Fragen zur
Seite steht und erhofft ferner bei der Bildung einer Ver-
einigungskommission die weitestgehende Unterstützung des
Verbands. Für den Fall, daß es zur Tarifrevision
kommt, wurde eine Resolution aus München angenommen,
die über den Ausbau der Tarif weitestgehende Ver-
besserungsanstöße enthält, die dem Verbandswort als
Material übergeben wurden.

Gründungsarbeiten für den Arbeiterverband. Infolge dem
Unternehmens- und Gewerkschaftsverband Deutscher Buchdrucker-
besitzer und dem Gehilfenverband der Lithographen und
Steindruckerei- und Druckereiarbeiter getroffen
werden, nach denen weitliche und andere Grundsätze
während des Krieges in dem Gewerkschaftsverband
werden können, um dem Kampf an weiteren An-
beständen abzugeben. Die Verhandlungen für
Gründungsarbeiten 18 Wochen. Dieser Zeit kann eine
vierteljährige Vorbereitungszeit notwendig sein. Die
Vorbereitungszeit der Zeit 20 Prozent weniger als der
heutige Mindestlohn betragen. Nach der Ausbildungs-
zeit muß für die Dauer von vier Wochen mindestens der
heutige Mindestlohn für ungelernete Schichten gestellt
werden. Nach dieser Zeit ist der Mindestlohn um 20
Prozent zu erhöhen. Bei Dienstleistungen sollen für je-
weilige die Orts-, Kreis- oder Gewerkschaften und in ge-
wissen Umfang die beiden Zentralen verständigen. Ist eine
Einigung nicht zu erzielen, so entscheidet einseitig und
bindend für beide Teile eine Kommission von drei
Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern unter Vorsitz
eines Unparteiischen. Vor der definitiven Entscheidung
dieser von keiner Seite irgend welche Maßnahmen
(Kündigung, Sperrz, Beweisung von Arbeitern,
Jurisdiktion mit der Arbeitsleistung usw.) ergriffen
werden.

Der Verband der Lith- und Steindruckerei zahlt ab
April wieder drei Viertel der fahrungsmäßigen Wochen-
beiträge des Frankens. Der gleiche Verband hat
nicht selten über die Rufe gerempelt, weil wir an-
gebotlich den Mitgliedern nicht zu vielen vermögten.
Indessen wird der uns längst das Frankens wieder in
voller fahrungsmäßiger Höhe gemächt, was dem V. d. L.
und St. einfach nicht möglich war.

Die Arbeitergewerkschaft für Kriegsbefähigtenar-
beiter im Buchdrucker- und Verlagswesen, welche nunmehr zwischen
dem Verband deutscher Buchdruckerbesitzer und dem
Deutschen Buchdrucker-Verband vereinbart ist, stellt in
ihre Art eine neue Organisation dar. Sie schließt näm-
lich alle Kriegsbefähigten des Gewerbes, die nicht dem
V. d. L. angehören, sowie alle nicht dem Buchdrucker-
verband angehörenden Schichten aus, übergeh also, und
genau mit Absicht, den Bund deutscher Buchdrucker-
einigen und unsere Organisation. Der Buchdrucker-
verband hat es sich angelegen sein lassen, ein solches Konstrukt
zu schaffen, um ja nicht mit uns zusammenarbeiten zu
müssen. Natürlich werden wir die Sache damit nicht
als erledigt betrachten.

Die Großbuchdrucker- und Verlagsanstalt Buson u.
Berder, G. m. b. H. in Reutlingen teilt uns mit, daß sie
seit länger Zeit den Hilfsarbeiten monatlich 12 Mark
Kriegszulage zahlt und seit dem 1. April 15 Mark.
Die Buchdrucker verdienen durchschnittlich im Stundenlohn
monatlich 180 bis 200 Mark. Jeder Arbeiter b. kommt
neben sonstigen Zulagen 4 Mark und die Arbeiter-
frauen erhalten monatlich je nach Bedürfnis 8 bis 10
Mark.

Da auch die übrigen maßgebenden Firmen in Reutlingen,
die mit uns im Vertragsverhältnis stehen, freiwillig

den für die Kriegsbefähigten und nicht dem V. d. L.
angehörigen und die Firma sich im allgemeinen der beiderseitigen
Zustimmung entgegenkommen, können diese Arbeiter-
beiträge nicht zu hoch sein. Es wird nicht zu erlangen sein,
ob sie ausdrücklich auf ein weiteres Jahr zu verlängern
sind oder ob, ohne die Ende November 1917 endgültig
abgemachten Verhandlungen über Fortsetzung der Be-
träge nicht mehr müssen wollen.

Das Ende der Goldschmiede. Wie der Papier-Ge-
wertung mitgeteilt wird, hat sich die Reichsbank be-
rahtigt gesehen, den größten Goldschmiedereien zu schreiben,
daß sie Gold für Zwecke der Buchdruckerei (und für die
Zigarettenindustrie) nicht mehr abgeben dürfen.

Ein Druckfehler. Ein gewisser J. Müller aus Ham-
burg nimmt in der Buchbinder-Zeitung deren Schrift-
leitung in Schutz und leitet sich bei dieser Gelegenheit
den unrentablen Spott, zu befehlen, in jeder
Nummer der „Graphischen Stimmen“ würde über den
Buchbinder-Verband und seine jeweiligen Schriftleiter
„losflandatiert.“ Wenn eine Gaudeliterations- und Ver-
bandskommission die Schriftleiter der Buchbinder-Ztg. nahe-
gelegt habe, „er möge Angriffe gegen sich leicht auf-
fassen und entweder gar nicht oder nur förmlich unter
Vermeidung persönlicher Schärfe erwidern, so war der
Wunsch vorhanden, nicht auf das Niveau der „Graphi-
schen Stimmen“ oder sonstiger in diesem Stil sich ge-
hörnder Blätter herabzusinken.“ So Hr. Müller. Ob
dieser Herr ein eifriger Leser unseres Blattes ist, wissen
wir nicht. Wir nehmen aber das Gegenteil an, denn
sonst könnte er unmöglich so „sachlich“ über daselbst
urteilen.

Das Ergebnis der 5. Kriegsanleihe bedeutet einen
glänzenden Milliardenberg für den deutschen Staat. Es
übersteigt selbst das Ergebnis der dritten Kriegsanleihe,
die bis dahin an erster Stelle gestanden, um mehr wie
700 Millionen Mark. Auch zum 18. Milliarden, genau
12,770 Millionen Mark hat nach den bis hierher
gekauften auf die 5. Kriegsanleihe geachtet wer-
den. In diesen Zahlen kommt der Wille der deutschen
Völker, sich der Feinde noch wie vor häufig zu erwehren,
deutlich zum Ausdruck. Es kommt aber auch das große
Vertrauen auf den Endbesieg durch den Bundesrat, das
in anderen Ländern ist. Die 5. Kriegsanleihe
wird das deutsche Volk auf neue Kräfte geben. Die
Tatsache, daß das deutsche Volk, nachdem es bei den
vorigen Kriegsanleihen rund 47 Milliarden dem
Reichsdienst geteilt, dieses zusätzliche Geld ausmacht
12,770 Millionen Mark, zeigt für uns die Unerschöpf-
lichkeit und für die Kraft des Volkes, die in der Welt-
geschichte noch gesehen haben. Ein solches Volk kann
nicht unterliegen, wenn es eine nicht und sich fer-
recht seine Pflicht tut. Wenn werden auch die
menschliche Schwächen, die wir während des Krieges
so häufig an vielen Menschen befehlen müssen, nicht
ändern. Die Opferbereitschaft, die das deutsche Volk im
Feld auf der See und in der Heimat leistet, über-
zeugen doch bereit gewillt, daß wir und darüber ein-
seitig trauen und die höhere Hoffnung davon erfüllt
dürfen, daß wir den Sieg erringen werden. Wenn
nicht alle Angelegenheiten, wie unsern Milliardenberg
in diesem Jahre auch der Endbesieg folgen.

Eine Sitzung des Ausschusses des Reichsverbandes
der deutschen Gewerkschaften fand am 11. und 12.
April in Essen statt. In eingehender Aussprache wurde
zu den wichtigsten Fragen des gewerkschaftlichen Lebens
Stellung genommen. Etwasmal referierte über die
allgemeine Lage, Bergmann über das Disziplinar-
Verfahren über die Arbeitslosenfrage, Frz. Behm
über die Errichtung eines Arbeiterinnen-Sekretariats
und Th. Franer über die Jugendfragen. Beschlüsse
wurde u. a. vom Generalsekretariat baldigst ein Arbei-
terinnen-Sekretariat angukommen.

Für unseren Verband nahm Kollege Sedlmayr an der
Sitzung teil.

Gewerkschaften im Österreich. Die vom Ge-
neralsekretariat herausgegebene Gewerkschafts-Korrespon-
denz schreibt zu den Gewerkschaftsdebatten in der Sitzung
des preussischen Provinzialparlamentes vom 30. März 1917:

Graf und Marquis von und zu Dohna-Schadowitz hat sich
veranlaßt gesehen, eine lange Rede für die wirtschafts-
frieblichen Verbände und gegen die selbständigen Ge-
werkschaften zu halten. Mit der Regierung war der
Redner sehr unzufrieden, weil sie angeblich die Kampf-
gewerkschaften bevorzugt und die Geblen an die Wand
drückte. Besonders heftig wurden die christlichen Ge-
werkschaften angegriffen. Soweit die Verordnungen des Redners
und sein kleiner Anhang in Frage kommt, würden
diese Angriffe die christlich-organisierten Arbeiter voll-
ständig laß lassen. Um oder einer Vermeidung
in der Öffentlichkeit vorzugehen, mußten einige Be-
hauptungen des Herrn Grafen zurückgewiesen werden.
Nach einem Bericht der „Völkischen Stimme“ vom 2. April
1917, hat er gesagt, es könne nicht so wenig ver-
standen werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Gegen-
satz stehen zu der Lehre des Selbstverwirklichungs- und Erden.
Dann hat sich Graf von und zu Dohna-Schadowitz über
den Punkt und über das kirchliche Lehramt der katho-
lischen Kirche geäußert, denn von dieser Seite liegt ferner-
hin Entscheidung vor, die die Behauptung des Herrn
Grafen haben könnte. Ferner hat Graf Dohna-Schadowitz als

